

EntschlieÙung

E 112-NR/XX. GP

des Nationalrates vom 16. April 1998

betreffend umfassende Gleichstellung von Frauen und Männern im Bildungsbereich sowie Förderung einer geschlechtsspezifischen Berufsorientierung

Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr wird ersucht, geeignete Maßnahmen zu setzen, um Frauen-Karrieren an den Universitäten zu begünstigen, die Rolle der Gleichbehandlungsbeauftragten und der -arbeitskreise zu stärken, den Forschungsschwerpunkt „Frauen in Wissenschaft und Forschung“ und Initiativen zum Einstieg von Frauen in technische Studienrichtungen zu fördern, die Beratungsstellen der Österreichischen Hochschülerschaft zum Zwecke effizienter, arbeitsmarktorientierter Beratung zu unterstützen sowie entsprechende Frauenförderungsmaßnahmen (zB Mentoringprogramme) an Universitäten und Hochschulen zu entwickeln bzw. auszubauen.

Weiters wird der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr ersucht, bei der universitären Lehramtsausbildung Schwerpunkte zur didaktischen Umsetzung der Berufsorientierung unter Einschluß frauenspezifischer Überlegungen zu veranlassen.

Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr wird ersucht, in enger Kooperation mit dem Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten sowie dem Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, dem Nationalrat im dreijährigen Hochschulbericht über die Entwicklung von Bildung und Berufsausübung von Frauen zu berichten.

Die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten wird ersucht, die Ziele des Aktionsplans 2000 umzusetzen und bei der Überarbeitung der Lehrpläne in allen Schulformen das Unterrichtsprinzip „Erziehung zur Gleichstellung von Frauen und Männern“ umfassend zu integrieren. Ebenso soll die Elternarbeit zur Sensibilisierung betreffend rollenspezifischer Benachteiligungen forciert und das Berufswahl- und Studienwahlverhalten von Mädchen deutlich erweitert und differenziert werden.

Weiters wird die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten ersucht, eine verstärkte Berufs- und Studienwahlorientierung mit frauenspezifischen Schwerpunktsetzungen auch für die beiden letzten Schulstufen der mittleren und höheren Schulen verbindlich vorzusehen. Ebenso wird die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten ersucht, Maßnahmen zu ergreifen, um dem unterschiedlichen Wahlverhalten von Burschen und Mädchen in den Gegenständen Textiles und Technisches Werken entgegenzuwirken.

Die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten wird ebenso ersucht, im Rahmen der Lehrer/innenbildung Schwerpunkte zu verankern, durch die Lehrerinnen und Lehrer befähigt werden, geschlechtshierarchische Arbeitsstrukturen abzubauen und ein partnerschaftliches Verhalten in allen Lebensbereichen zu fördern. Im Rahmen der Erwachsenenbildung sollen frauenspezifische Schwerpunkte unterstützt und ausgeweitet werden.